

Wie antidemokratische Ideologien Institutionen und Zivilgesellschaften das Leben schwer machen und eine würdebasierte Prävention ihnen vorbeugen kann¹

Andreas Zick

1. Aktuelle Entwicklungen, die ›uns‹ empören könnten

In den verschiedenen Öffentlichkeiten wie auch medialen und politischen Debatten ist derzeit viel von ›Wutbürgern‹ die Rede. ›Empörten‹ erscheinen konfliktäre Themen wie Migration, Flucht, Sicherheit und selbst Demokratie als ›Triggerpunkte‹ (Mau, Lux & Westheuser 2023), die sie geradezu aufsuchen, um ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die Stimmung in der Gesellschaft scheint gereizt. Hassreden und -kampagnen auch und gerade gegen staatliche Institutionen nehmen zu, weil sie denen, die sie führen, scheinbar Erfolge versprechen und auch ein Erlebnis bieten, wie die Gewaltforschung zeigt. Auch die Proteste auf der Straße und in den digitalen Räumen scheinen aggressiver und respektloser zu verlaufen, wie diverse Kriminalstatistiken zeigen. Nicht ohne Grund ist das Thema Angriffe auf Rettungsdienste, Polizeien, zivile Sicherheit und andere Institutionen auf den Agenden der politischen Bühne.

Um viele der Angriffe, um die Wut und den Hass, kümmert sich die Polizei, die wichtige Adressatin des Projektes »ZuRecht« ist, auf das die vorliegende Publikation zurückgeht. Sie hat eine besondere Funktion in der Regulierung gesellschaftlicher Konfliktlagen und wird zugleich immer stärker in Konflikte eingebunden. Um

1 Der Beitrag ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung der Rede des Autors. Ein großer Dank gilt Dr. Sabrina Ellebrecht, Katrin Herbon und Rosalie Oetinger, die den Redetext erstellt und lektoriert haben. Bei der Überarbeitung wurden die Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie aus dem Jahr 2023 berücksichtigt, die zur Zeit der Rede noch nicht vorlagen. Sie sind seit 2023 veröffentlicht in der Publikation: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nicco (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der Mitte 2022/23, Bonn: Dietz. Informationen zur Methodik sind zugänglich unter <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (Zugriff: 18.09.2023).

Angriffe auf die Demokratie kümmert sich auch Politik, kümmern sich Zivilgesellschaft wie auch viele Fördernde von zivilen Projekten. Zugleich werden sie selbst immer stärker zur Zielscheibe von Wut und Empörung. Sie könnten angesichts der Vielzahl der Angriffe zurecht empört sein: empört über die Wut, empört über die mangelnde Zivilcourage, wenn sie angegriffen werden, empört über die Lasten, die sie nicht schultern können oder müssten. Die Empörung wäre auch nachvollziehbar, so sie denn zivil bleiben würde, wenn die Beobachtungen bedacht würden. Hinter dem, was auf der Straße, im Alltag, auf den diversen öffentlichen Bühnen und hinter den Gardinen als Wut, Empörung und Angriffe auf Grundwerte, Normen und Regeln erscheint, stecken zum großen Teil demokratieferne wie antidemokratische Ideologien, die in die Mitte der Gesellschaft drängen und dort geteilt werden. Diese sind Gegenstand von Untersuchungsreihen, die wir am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld und in Kooperation mit anderen Forschenden und Menschen aus der forschungsnahen Zivilgesellschaft durchführen. Zentrale Ergebnisse sollen im Folgenden in gebotener Kürze berichtet werden, um einen Anhaltspunkt zu liefern, welche Ideologien in der Mitte die Stabilität der Demokratie gefährden und wo eine Prävention schon in der Mitte ansetzen kann.

Dabei muss mit Blick auf demokratiegefährdende Angriffe und den Bericht über empirische Beobachtungen zu Gefährdungspotenzialen berücksichtigt werden, dass die Gesellschaft, genauer die deutsche Gesellschaft, sich gerade in einem besonderen Prozess befindet. Krisen und neue nationale wie globale Herausforderungen berühren die Frage nach antidemokratischen Erscheinungen. Was woanders als ‚Trumpismus‘ erscheint (Morgan et al. 2017), steckt hierzulande Menschen an. Die Coronapandemie hat zudem sichtbar gemacht, wie viele Menschen Verschwörungsmythen anhängen und/oder sich abgehängt fühlen. Um einen Ausschnitt einer möglichen Zeitdiagnose zeichnen und Präventionsgrundsätze ableiten zu können, orientiert sich der vorliegende Bericht an vier Thesen, die im Folgenden mit empirischen Beobachtungen unterfüttert werden:

- a) Demokratien und ihre Institutionen sind in Zeiten von Krisen und Ungewissheit besonders gefordert und zugleich werden sie dann besonders infrage gestellt.
- b) Ein neuer Nationalpopulismus hat die Mitte mit Ideologien und Mythen über die Gesellschaft mobilisiert. Das ist eine neue Herausforderung für Prävention und Intervention.
- c) Ausgrenzungen und Herabwürdigungen von Gruppen und destruktive Konfliktregulation durch Radikale werden in der toleranten Mitte verdeckt wie vergessen.
- d) Es können neue Wege und Räume der Prävention und Verhinderung entwickelt werden.

2. Eine neue Generation rechtsextrem orientierter Personen

These 1: Demokratien und Institutionen sind in Zeiten von Krisen und Ungewissheit besonders gefordert und werden zugleich besonders infrage gestellt.

Wir leben in Zeiten von Polykrisen. Das Konzept hat der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze vorgeschlagen, um damit zu betonen, dass viele Krisen sich gegenseitig beeinflussen, sei es die Inflation, die Klimakrise, Migrationskrisen oder Demokratiekrisen. Dem lässt sich leicht zustimmen, aber bei allen Krisendiagnosen sollte nicht vergessen werden, was Krisen ausmacht. Krisen sind Momente und Zeiten, in denen sich Stabilität und Normalität aufzulösen scheinen. Die Zukunft ist ungewiss oder erscheint so. Entscheidungen sind notwendig, aber sie scheinen zugleich auch überhaupt nicht sicher, wie der Historiker Reinhart Koselleck betont (Koselleck 1973). Es kommen Routinen abhanden. Regeln und Normen können nicht mehr einfach aufgerufen werden bzw. greifen nicht mehr. Die Wahrnehmung der Brüchigkeit der bisherigen Ordnung, Unzufriedenheit und Misstrauen machen sich breit und die Wahrscheinlichkeit erhöht sich, dass Gruppen nach harten Regeln und klaren Entscheidungen rufen, obgleich genau das nicht möglich ist. Demokratien und Institutionen sollten gerade in Krisenzeiten Angriffe auf ihre Normen identifizieren und Normverschiebung verstehen. Das ist wichtig, weil zentrale Modi der Weiterentwicklung von Demokratien aufgrund der Krisenbelastungen schwerer zu garantieren sind: die konstruktive Konfliktregulation und die Teilhabe und Inklusion von Menschen aufgrund der Belastungen in Krisenzeiten.

Mit Blick auf die föderale und von Interessensaustausch orientierte Demokratie kommt es dann umso mehr auf eine Mitte an, die sich an Grundrechten wie dem Prinzip der konstruktiven Konfliktaustragung orientiert. Zu der Mitte können dabei alle Bürgerinnen und Bürger gehören, die sich an dem Prinzip orientieren. Die Mitte ist eine historisch gewachsene Kraft, die für Normorientierung sorgen sollte (Borchmeyer 2017). Diese Mitte – zu der auch die Polizeien gehören – gerät in Krisenzeiten in die Gefahr, Grundnormen und -werte zumindest zeitweilig infrage zu stellen und sich für Einstellungen zu öffnen, die sie von der Demokratie weg bewegen. Es ist das Anliegen der folgenden Analyse, genau auf diese Sollbruchstellen bzw. die Gefahr zu schauen und Öffnungen in der Mitte für eine Demokratiedistanz zu identifizieren. Dazu werden Ergebnisse aus der Mitte-Studie berichtet, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wird. Sie ist im Kern eine repräsentative Bevölkerungsumfrage unter mehr als 2.000 Personen, die vor allem im Januar und

Februar 2023 durchgeführt wurde. Die Studie ist erschienen unter dem Titel »Die distanzierte Mitte«.²

Wird die Studie in den Blick genommen und zunächst die *Selbsteinschätzung der Mitte* beachtet, ließe sich zunächst festhalten, dass die Mehrheit der Deutschen eine stabile Demokratieorientierung aufweist: So meinen 87 Prozent der Befragten, »[i]n einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen«. Aber, es ist auch festzustellen: Im Jahr 2020/21 waren es 88, im Jahr 2018/19 noch 93 Prozent. Mehr als jede zweite befragte Person (57 Prozent) ist der Meinung »Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«. Dieser Aussage stimmten 2018/19 noch 65 Prozent der damaligen Stichprobe zu. Tatsächlich nehmen auch mehr Befragte als zuvor wahr, dass »die Demokratie in erheblichem Maße gefährdet ist« (39 Prozent, 2018/19: 34 Prozent). Die Meinungsmuster ließen sich zusammenfassen als Indikator einer stabilen Demokratienähe und -bindung der Befragten. Allerdings sind sie eben auch rückläufiger und zugleich nehmen die Befragten stärker als zuvor eine Gefährdung der Demokratie wahr.

Wie angegriffen die Demokratie ist, lässt sich auch jenseits von Einstellungen an objektiven Zahlen zu politisch motivierten Gewalttaten, Anschlägen auf demokratische Institutionen, Hasstaten gegen Vertreter:innen und Repräsentant:innen des Staates, Amts- und Würdenträger:innen wie auch der Sicherheit aufzeigen. In der Dezemberausgabe des Magazins Deutsche Polizei habe ich mitten in der Pandemie, die von Lockdowns, einer Distanz zwischen Menschen und massiven Protesten gegen die Regeln geprägt war, ein Interview zur politischen wie gesellschaftlichen Gewalt gegeben. Ich war erstaunt, welches Titelbild die Redaktion wählte, als das Heft erschien (vgl. Abb. 1). »Verrohung der Gesellschaft. Ein Sturm zieht auf«, so lautete der Aufmacher.

Die Gewerkschaft der Polizei bemühte sich mit dem Heft, sowohl die Zahlen an politisch motivierten Taten als auch die Erfahrungen von Angriffen gegen die Polizei anzusprechen und zu verstehen. Tatsächlich waren diese Zahlen allein im Hellsfeld laut Bundeskriminalamt signifikant gestiegen. Die meisten Taten (21.964) konnten damals als rechtsextrem motivierte Taten identifiziert werden. Ebenso viele Taten (21.339) konnten nicht eindeutig zugeordnet werden, weil sie aus neuen ideologischen Milieus stammten. Im Jahr 2022 stiegen die Zahlen erneut an. Solche manifesten Taten haben Ursachen, die auch in Einstellungen und nicht nur demokratietheoretisch begründet sind. Daher liegt die Frage nahe, wie verbreitet rechtsextreme Orientierungen in der Mitte sind, die solchen Taten entsprechen und sie motivieren.

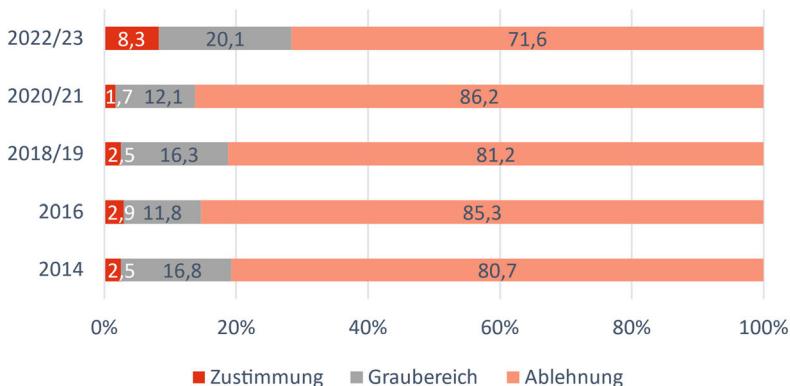
2 Sämtliche Ergebnisse, die Fragebögen und ein umfassender Bericht über die methodischen Grundlagen sind auf der Website www.fes.de zugänglich.

Abb. 1: Titelblatt »Deutsche Polizei«, Heft 12/21



Darauf ist der spezifische Fokus der Mitte-Studien gelegt. In der Mitte-Studie fragen wir nach der Zustimmung oder Ablehnung von 18 rechtsradikalen Aussagen, aus denen wir einen Gesamtindex für ein rechtsextremes Weltbild ermitteln. In Abbildung 2 sind die prozentualen Anteile an Befragten, die ein solches Weltbild haben, für die vergangenen 10 Jahre aufgeführt.

Abb. 2: Verlauf der Zustimmung zum Rechtsextremismus in den Mitte-Studien (Rechtsextremes Weltbild 2014–2023 [in Prozent])



Es ist einerseits ein Anstieg an Zustimmungen zu verzeichnen. Aktuell stimmen 8,3 Prozent der Befragten allen Aussagen zu. Andererseits ist auch ein Anstieg des Graubereichs an Befragten zu verzeichnen, von Befragten also, die die Aussagen nicht eindeutig ablehnen bzw. zwischen einem Zustimmungs- und Ablehnungsbereich liegen. Mit Blick auf einzelne Aussagen sind die Zustimmungen deutlich: Ein Satz, der schon in den 1920er Jahren in der nationalsozialistischen Propaganda geteilt wurde, findet aktuell unter 24 Prozent der Befragten Zustimmung: »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Vor zwei Jahren waren es 18 Prozent, vor vier Jahren 22 Prozent. Der Aussage »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die beste Staatsform« stimmen aktuell 7 Prozent zu, genau wie 2020/21. »Es gibt wertvolles und unwertes Leben«, meinen aktuell 12 Prozent. 7 Prozent waren es vor zwei Jahren.

Abb. 3: Rechtsextreme Einstellungen nach Altersgruppen

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen
nach Altersgruppen 2022/23 (Angaben in Prozent)

Tabelle 3.5

	18–34 Jahre (n = 515)	35–64 Jahre (n = 1.022)	Ab 65 Jahre (n = 487)
Befürwortung Diktatur	7,4	7,1	4,5
Nationalchauvinismus*	14,1	18,8	14,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus***	8,1	3,4	0,9
Fremdenfeindlichkeit*	15,2	18,1	13,2
Antisemitismus***	8,6	5,7	2,6
Sozialdarwinismus***	10,7	4,8	2,6
Manifest rechtsextremes Weltbild***	12,3	8,1	4,4

Anmerkungen * = $p \leq ,05$; *** = $p \leq ,001$.

Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Zugleich fällt auf, dass die Zustimmung unter den jüngeren Erwachsenen – befragt wurden nur Volljährige – in allen zentralen Dimensionen des Rechtsextremismus, die das Weltbild insgesamt ausmachen, höher ausfallen als unter Älteren. Das war längere Zeit nicht der Fall (vgl. Abb. 3), und es legt die Frage nahe: Warum nehmen im Verlauf ihrer sozialen und politischen Sozialisation Menschen in der Mitte Einstellungen aus den extremistischen Rändern an? Sie sind es auch, die bei den politisch motivierten Straftaten wie der Hasskriminalität als Täter:innen auffallen. Die Ergebnisse legen daher nahe, dass Prävention sich auf Bereiche der politischen Sozialisation konzentrieren muss. Wie erhalten sich die Einstellungen und wie werden neue Generationen an rechtsextrem orientierten Personen in der Mitte sozialisiert?

Eine damit verbundene zentrale Frage lautet: Warum hat sich gesellschaftlich insgesamt und in vielen Bevölkerungsgruppen und Milieus ein solcher ›Rechtsruck‹ ergeben? Rechtsextreme, antidemokratische wie demokratiegefährdende Orientierungen haben viele unterschiedliche Ursachen. Sie reichen von langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen (Krisen, Digitalisierung und damit einhergehende Toleranz- und Normeinbrüche) bis zu psychologischen Faktoren (Deprivationen, Abstiegsängste, Zustände von Normlosigkeit und tief sitzende Ressentiments). Wird nach gesellschaftlichen Verschiebungen gefragt, rückt meines Erachtens der Aufschwung des Nationalpopulismus in den Vordergrund und damit die genauere Beobachtung von neuen gesellschaftlichen Identitätsvorstellungen, die vom rechtsextremen Rand in die Mitte dringen bzw. dort ›andocken‹ können.

3. Völkisch-autoritär-rebellische Orientierung

These 2: Ein neuer Nationalpopulismus hat die Mitte mit Ideologien und Mythen über die Gesellschaft mobilisiert. Das ist eine neue Herausforderung für Prävention und Intervention.

Aus Sicht einer politischen Psychologie verfangen antidemokratische Einstellungen dann, wenn Gruppierungen ihre politischen Einstellungen an Identitätsvorstellungen knüpfen können, wenn also bestimmte nationale Identitäten Zugehörigkeit schaffen. Hierbei spielt der Populismus eine zentrale Rolle, denn er scheint erfolgreich ein einfaches nationales ›Wir‹ zu vermitteln. Das kann er leichter schaffen, wenn er Krisenthemen an stereotype Abgrenzungen gegenüber ›den Anderen‹ binden kann. Die insbesondere vom Rechtspopulismus vorangetriebenen Themen wie Klima, Gender, Wokeness oder Multikulti knüpfen an Feindbilder an und transportieren sie. Das gelingt in dem Maße, in dem sie mit Identitätsvorstellungen von Nation, Vaterland oder Nationalstolz verbunden werden können. Dadurch können viele unterschiedliche Bilder von Gegner, Feinden, Unterdrückern etc. vermittelt werden, die eine Gefahr für das nationale ›Wir‹ darstellen.

In der aktuellen Mitte-Studie 2022/23 teilen 38 Prozent der Befragten Verschwörungsmythen, die sich in Sätzen ausdrücken wie »Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte«. Populistische Meinungen finden bei einem Drittel (32,6 Prozent) der Befragten Zuspruch. Sie drücken sich in Meinungen wie »Die regierenden Parteien betrügen das Volk« aus. Auch in Bezug auf die Polizei haben sich im Zuge der Coronaproteste Verschwörungsmythen zum polizeilichen Handeln gebildet. Polizei schütze ein korruptes System und handele im Auftrag von geheimen Kräften. Verschwörungsmythen haben dabei unterschiedliche politisch-psychologische Funktionen. Sie vermitteln den Anhänger:innen ein Weltwissen, sie schaffen Identität und Zugehörigkeit, sie wirken einflussreich. Sie trennen Anhänger und Vertraute von Gruppen, denen mit Misstrauen zu begegnen ist. Der Rechtspopulismus, der eine einfache Klassifikation der Gesellschaft zwischen ›Wir‹ und ›Die‹ sowie dem ›Eigenen‹ und dem ›Fremden‹ vornimmt, toleriert und erzeugt Verschwörungsmythen, gerade weil die einfache Unterteilung der Gesellschaft nach Gruppen in den Mythen ein zentraler Topos ist.

In dieser Vereinfachung der Welt kann es dann passieren, dass selbst Institutionen wie die Polizei dem Feindbild zugeordnet werden, wenn sie z.B. bei Protesten eingreift, weil dort menschenverachtende Sprüche skandiert werden, zur Gewalt aufgerufen oder demokratiefeindliche Propaganda geschürt wird. Die Behauptung bzw. Propaganda, es gäbe eine ›richtige oder echte Nation‹, die andere grob und vereinfachend in ›national Fremde‹ oder ›Feinde des Vaterlandes‹ einteilt, erhöht auch die Wahrscheinlichkeit einer Delegitimierung des staatlichen Gewaltmono-

polis, was eine besondere Herausforderung für Behörden ist. Seitdem in den Mitte-Studien rechtspopulistische Orientierungen gemessen werden, zeigt sich dort, dass jene Befragten, die ein nationalchauvinistisches Weltbild haben, in nahezu allen antidemokratischen Einstellungen – seien es rechtsextreme oder menschenfeindliche Positionen – höhere Zustimmungen aufweisen. Dabei ist mit Blick auf populistische Orientierungen, die in den letzten Jahren immer stärker Zuspruch gefunden haben und zu parlamentarischen wie außerparlamentarischen Gruppenbildungen geführt haben, zu beachten, dass sich unter dem Etikett Rechtspopulismus neuere ideologische Ausrichtungen nicht mehr einfach fassen lassen.

Bei der Analyse und Prüfung von Einstellungsmustern in den Daten der Mitte-Studien konnten wir neben Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, dem allgemeinen Populismus und menschenfeindlichen Vorurteilstypen auch ein neues Orientierungsmuster identifizieren. Wir nennen es »völkisch-autoritär-rebellische Orientierungen«. Diese haben sich vor allem in der Coronazeit digital wie analog entwickelt. Sie setzen sich aus folgenden Dimensionen zusammen: Rassistischer Ethnopluralismus und Konspiration, Behauptung einer Meinungsunterdrückung, Befürwortung von Diktatur und Behauptung betrügerischer Eliten. Fast ein Drittel der Befragten der Mitte-Studie 2022/23 (28,6 Prozent) teilt diese Orientierung (2021/22: 20,6 Prozent; 2018/19: 28,5 Prozent). Ihr Kennzeichen ist, dass sie populistische Feindbilder transportieren und Menschen mit der Ideologie, »ihre Nation« stehe über allem und sie seien Opfer von Eliten und Meinungsunterdrückung, auf Distanz zur Demokratie bringen. Die Angriffe auf die Demokratie werden so als legitime Rebellion beurteilt. Zugleich wird autoritärer Gehorsam gegenüber der Nation eingefordert. In der Mitte-Studie 2021/22 haben wir mögliche Erklärungsfaktoren für solche völkisch-autoritär-rebellischen Einstellung statistisch geprüft. So gut dies im Rahmen von Querschnittsbefragungen möglich ist. Unter den Erklärungsfaktoren sind demografische Faktoren, die auf prekäre Verhältnisse und ein »Abgehängtsein« hinweisen, nicht zentral. Die völkisch-autoritär-rebellische Orientierung wird am besten durch folgende Merkmale erklärt:

- a) Es herrscht ein destruktives Misstrauen gegenüber der Demokratie, das sich z.B. in der Meinung ausdrückt, die Demokratie führe zu faulen Kompromissen und nicht zu sachgerechten Entscheidungen.
- b) Ein weiterer Faktor, der insbesondere unter ostdeutschen Befragten wirkt, ist ein Gefühl der Norm- und Regellosigkeit in der Gesellschaft, also Orientierungs-anomia.
- c) Soziale Dominanzorientierungen bzw. »Vormachtansprüche« sind im Glauben begründet, es gäbe in der Gesellschaft Gruppen, die oben, und andere, die unten sind, oder einige wären höherwertiger und andere minderwertiger. Dabei geht es nicht um reale oder objektivierbare Einflüsse, sondern um sozial geteilte Bilder bzw. Ideologien über die Gesellschaft.

Die Ideologien werden geteilt und sind die Grundlage für Identitäten und Gruppenbildungen, auch wenn die Gruppen (»Wir«, »die Bewegung« etc.) nur imaginiert werden. Zugleich schaffen die Ideologien und Gruppen Gewissheit und Sicherheit. Den Gruppen und Protestbewegungen wird eine exklusive Identität angeboten. Analysen der begleitenden digitalen Kommunikation, die ebenfalls von Hassreden geprägt ist, zeigen, dass sich Affektkulturen ausbilden, die gerechtfertigt werden von Widerstandsideen und dem Selbstbild, rebellisch zu sein (vgl. auch Rensmann 2017).

Die ideologischen Gruppen werden als Bewegungen durch emotionale Sentsiments zusammengehalten. Ein Beispiel dafür, wie weit das reichen kann, ist der Erfolg einer Partei, die sich nicht über politische Wert- oder Normvorstellungen identifiziert, sondern sich als »Bürger in Wut« bezeichnet. Neben der Identität wird von den Gruppierungen ebenso eine exklusive Empathie nur für die eigene Bezugsgruppe angeboten. Das ist attraktiv für viele Menschen, die Empathie für ihre Meinungen und Bezugsgruppen suchen, oder sich als »Opfer« wähnen. Der Populismus greift das Selbstbild, Opfer zu sein auf und verstärkt es.: »Wir sind die Opfer dessen, was in der Gesellschaft passiert. Die da oben machen Euch zum Opfer. Wehrt Euch.« Das mag erklären, warum in der aktuellen Mitte-Befragung 2022/23 unter den 31 Prozent der Befragten, die angeben, »einsam zu sein«, mehr Befragte Verschwörungsmythen sowie menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zustimmen, als jene, die das nicht angeben.

Dass die rebellische Identität nicht nur auf einer Einstellungsebene verbleibt, mag auch den vom Bundeskriminalamt festgestellten Anstieg von 7,03 Prozent an politisch motivierter Kriminalität für 2022 erklären, der auch und gerade im Bereich der ideologisch nicht einzuordnenden ideologischen Orientierung zu beobachten ist. Der Anstieg ist eine immense Herausforderung für die Prävention, die Intervention, die Strafverfolgung und den Umgang mit neuen Ideologien und Strömungen, zumal die Demokratiegefährdung durch Digitalisierung weiter voranschreitet. Auch menschenfeindliche Einstellungen und Taten verändern sich und passen sich laufend an den Zeitgeist an, sodass eine gute und kontinuierliche Schulung über herabwürdigende Bilder, Narrative, Ideologien und die Formierung neuer Gruppierungen notwendig ist, gerade in Krisenzeiten, in denen sich Gruppierungen organisieren und formieren.

4. Feindbilder und Rassismen

These 3: Ausgrenzung, Herabwürdigung und destruktive Konfliktregulation durch Radikale werden in der toleranten Mitte verdeckt wie vergessen.

Der Blick der Mitte-Studien ist auf die wie immer bestimmte Mitte in ihrer ganzen Breite gerichtet. Wurden bis hierher äußerst radikale und demokratiegefährdende oder -verachtende Einstellungen angesprochen, sollte meines Erachtens der Blick nicht davon verstellt werden, dass ein zentrales Scharnier der Einstellungen nicht nur bestimmte politische Ideologien sind, sondern auch und gerade Feindbilder. Damit sind Bilder von anderen, etwa von Minoritäten, gemeint, die als ›Fremde‹, ›Andere‹, ›Minderwertige‹, ›Bedrohende‹ und ›Feinde‹ der eigenen Bewegung markiert werden. Zentrale Bindeglieder sind Stereotype, Vorurteile, rassistische und antisemitische und viele andere menschenfeindliche Einstellungen. In einer Studie mit inhaftierten Personen, die wegen einer rechtsextremen Straftat verurteilt wurden, aber zuvor nie als rechtsextrem aufgefallen waren, wurde deutlich, dass geteilte Feindbilder zwischen ihnen und Rechtsextremen hoch relevant sind (Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation 2020). Die Feindbilder werden, so die These, unter Umständen breiter geteilt als politisch radikale Einstellungen und sie werden zum Teil versteckt, toleriert und nehmen die Gestalt vermeintlich wohlmeinender Meinungen an, d.h., sie sind bigott und ambivalent oder subtil (Zick 2014).

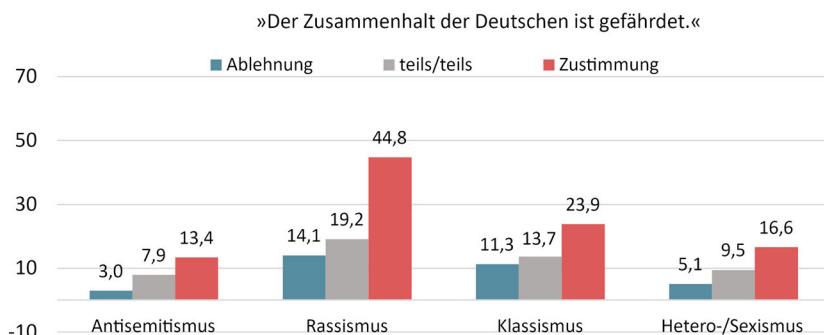
In der aktuellen Mitte-Studie sind die Einstellungen gegenüber Gleichwertigkeit und Vielfalt auf den ersten Blick positiv. 87 Prozent der Befragten stimmen dieser Meinung zu: »In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen«. 67 Prozent meinen: »Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren«. Zugleich aber war die Zustimmung zur Würde im Jahr 2018/19 stärker (93 Prozent; 2020/21: 88 Prozent) ebenso wie die Zustimmung zur Vielfalt (2018/19: 74,5 Prozent; 2020/21: 69 Prozent). Zugleich ist das Ausmaß der Zustimmung zu Antisemitismus (9,6 Prozent), Hetero-Sexismus (12,1 Prozent), Klassismus (18,4 Prozent) und kulturellem Rassismus (31 Prozent) hoch, höher sogar als in den Vorjahren. Auch die Grauzone, also »Teils-teils-Zustimmungen« steigen über die Jahre an. »Wenn sich Schwarze Menschen mehr anstrengen würden, würden sie es auch zu etwas bringen.« Diese Aussage findet unter 12,3 Prozent der Befragten Zustimmung, 17,1 Prozent meinen das »teils-teils«. Der Aussage »Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben« stimmen 34,8 Prozent zu, 31,2 Prozent meinen, das stimme »teils-teils«. In der Mitte-Studie 2021/22, die einen Fokus auf Anti-Schwarzen Rassismus (Anti Black Racism) legte, stimmten 18,4 Prozent der Meinung zu, dass »Schwarze Menschen in diesem Land zu empfindlich sind, wenn von Rassismus die Rede ist«. 28,5 Prozent meinten dies »teils-teils«. Die weiteren Analysen zeigen, dass die »Teils-teils-Antwortenden« in anderen Vorurteilstypen (etwa Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit etc.) hö-

here Zustimmungen aufweisen als jene, die die Aussagen zum Anti-Schwarzen Rassismus ablehnen.

Das gesellschaftliche Reservoir an solchen Vorurteilen, menschenfeindlichen Einstellungen, Bildern und Mythen wie Rassismus ist hoch und müsste mit Blick auf die Prävention bei demokratiegefährdenden politischen Ideologien mitbedacht sein. In diesem Zusammenhang ist erneut zu bedenken, dass Einstellungen nicht unmittelbar mit Verhaltensweisen zusammenhängen müssen, aber in der Gesamtbetrachtung die Zunahme an menschenfeindlichen Einstellungen mit einer Zunahme an Hassstaten einhergeht. Auch der Kriminalitätsbericht Baden-Württemberg 2019 bis 2021 zeigt einen Anstieg rechtsextremer Kriminalität im Themenfeld Antisemitismus von 170 Taten in 2019, auf 209 Taten in 2020 und 241 Taten in 2021.

Das spricht insgesamt für die Frage, wie eine Bekämpfung von politischen Ideologien mit einer gleichzeitigen Bearbeitung von Mustern menschenfeindlicher Einstellungen einhergehen kann und muss. Eine besondere Herausforderung bei der Bekämpfung von Vorurteilstypen besteht darin, auch und gerade subtile und verdeckte Vorurteile, Rassismen etc. zu bearbeiten. Eine zweite wichtige Frage ist meines Erachtens, wie Paradoxien bearbeitet werden können, insbesondere jene, die aus Vorstellungen über den gesellschaftlichen Zusammenhalt resultieren. In der aktuellen Mitte-Studie meinen 51 Prozent, »[d]er Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet«. 2020/21 waren es noch 35 Prozent. Werden die Befragten in Gruppen unterteilt, die der Aussage zustimmen, sie ablehnen oder teils-teils der Meinung sind, fällt auf, dass jene, die den Zusammenhalt bedroht sehen, in den Vorurteilstypen höhere Zustimmungen aufweisen (vgl. Abb.).

Abb. 4: Menschenfeindlichkeiten nach Gruppen der Zusammenhaltsbedrohung



Das Ergebnismuster legt nahe, dass Befragte den Zusammenhalt der Deutschen eher homogen und nicht inklusiv denken, was der Vielfalts- und Zusammenhaltsnorm, die von offenen und solidarischen Gesellschaften ausgehen, widerspricht.

5. Anti-Bias-Kultur und Stärkung der Menschenwürde

These 4: Es können neue Wege und Räume der Prävention und Verhinderung gefunden werden.

Im Kontext der zentralen Befunde zu einigen auffälligen Demokratieorientierungen in der Mitte der Gesellschaft – soweit wir sie mit unserem Studienformat vermessen können – stellt sich vor dem Hintergrund des vorliegenden Bandes die Frage nach der Prävention und Intervention: Was kann angesichts der hier berichteten Einstellungsmuster vorbeugend getan werden? Diese Frage ist eng gekoppelt an die immer wieder zu stellende Frage: Müssen und können neue Ansätze und Wege gefunden werden? Prävention sollte den ›Zeitgeist‹ und aktuelle Entwicklungen im Blick haben und darauf eingestellt sein, gerade dann, wenn aufgrund demokratiebedrohender Ideologien in Krisenzeiten der Grad an Ungewissheit hoch ist und eine hundertprozentige Risikoeinschätzung nicht möglich ist. Um die berichteten Einstellungsmuster zu bearbeiten, sollen wenige ausgewählte Leitgedanken genannt werden, die sich vor allem auf die Frage richten, wie gesellschaftliche Räume geschaffen werden können, die die Würde von Menschen und Gruppen, die ihnen verbürgt ist, nicht infrage stellen.³

Alle skizzierten politischen Einstellungsmuster weisen auf ein zentrales Motiv demokratiefeindlicher Ideologien hin: die Beschädigung der Würde von Gruppen und Menschen. Sie operieren mit Höher- und Minderwertigkeit, die die Würde berühren oder gar beschädigen. Deshalb liegt es nahe, die Frage nach der Suche nach vorbeugenden Präventionsstrategien mit Blick auf die Garantie von Würde in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns zu stellen. Mit diesem Blick könnte Prävention deutlicher mit der Stärkung einer gesellschaftlichen und institutionellen *Anti-Bias-Kultur* verbunden werden. Damit ist die Stärkung von Präventionsstrategien gemeint, die Stereotypen, Vorurteilen, Rassismen und anderen Menschenfeindlichkeiten begegnet, also verzerrte Wahrnehmungen von Menschen und Gruppen aufspürt und infrage stellt.

Anti-Bias-Kultur meint mehr als die Toleranz von Vielfalt ›der Anderen‹. Sie meint die Einrichtung von gesellschaftlichen und vor allem institutionellen Kulturen, die Normen und Werte stärken und verankern, die verzerrte Darstellungen und ungleiche Chancen von Menschen und Gruppen verhindern. Institutionen können darin gestärkt werden, anti-rassistisch und möglichst vorurteilsfrei zu sein, um sich entwickeln zu können. Dabei helfen kann auch eine Erinnerungskultur an Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen, weil sie es ermöglicht, im Falle des Aufkommens von Demokratiebedrohungen und Herabwürdigungen oder Diskriminierungen von Gruppen kompetent handeln zu

³ Umfassendere Überlegungen dazu finden sich hier: MAPEX 2020.

können. Die Frage der Erinnerungskultur ist dabei eng verbunden mit der Frage des Lernens und des Speicherns von Wissen. Was hat gewirkt gegen Entmenschlichung, Vorurteile, Antisemitismus, Rassismus und Demokratie bedrohende Ideologien? Das Handeln auf der Grundlage von Erfahrungswissen scheint nötig, um angesichts von demokratiefeindlichen Angriffen oder Hasstaten nicht immer wieder die Frage stellen zu müssen, woher es kommt und was zu tun ist.

Eine Anti-Bias-Kultur in der Gesellschaft und ihren zentralen Institutionen kann helfen, Menschen Kompetenzen zu vermitteln, die sie vor der Akzeptanz von antidemokratischen Weltbildern schützen. Im Verlauf der gesellschaftlichen Krisen hat der Glaube an Verschwörungsmythen, die antidemokratische Ideologien transportieren, zugenommen. Eine besondere Herausforderung solcher Verschwörungsmythen ist, dass Menschen, die ihnen anhängen, diese mit anderen teilen. Das kann eine Identität und Zugehörigkeit begründen, die die Grundlage bildet, sich gegen Fakten, andere Wirklichkeitsinterpretationen und auch demokratische Normen und Werte abzuschotten. Was insbesondere radikal orientierten Menschen fehlt, ist die Vorstellung, dass Menschen überhaupt anders denken können. Die digitale Kommunikation verstärkt diese Effekte. Hoch radikalierte Menschen können nicht >mentalisierten<. Mentalisierung bedeutet, dass das eigene Verhalten und das Verhalten anderer durch die Zuschreibung von mentalen Zuständen interpretiert und verstanden wird, wir also anderen auch Wünsche, Sorgen, Bedürfnisse etc. zuschreiben können. Das verstehen Menschen nicht, die sich auf der Grundlage extremer Weltbilder bewegen. Je stärker die Mentalisierungsfähigkeit dagegen ausgeprägt ist, desto klarer wird, dass die eigene Wahrnehmung der anderen immer mit Zweifeln versehen ist und niemand einen Zugang zur absoluten Wahrheit hat. Wie oft hören wir gerade in der Mitte, wenn wir mit Menschen anderer Meinung (etwa rechtsradikaler oder populistischer Meinung) konfrontiert sind, dass sie uns begegnen: »Das ist falsch. Die Wahrheit wird verschwiegen.«? Die Mitte-Studie 2021/22 hat empirisch kenntlich gemacht, wie sehr die mangelnde Mentalisierungsfähigkeit in der Mitte mit Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus, einem antidemokratischen Fühlen, rechtsextremen Einstellungen und auch mit antidemokratischem Handeln einhergeht (Krott/Reininger 2022). In Präventionsprogrammen, die eine Anti-Bias-Kultur schaffen könnten, sollte daher stärker überlegt werden, wie Menschen, Kolleginnen und Kollegen, in ihrer Abschottung erreicht werden.

6. Ein Beispiel: Würdevolle Räume schaffen

Ein weiterer Aspekt schließt an die Grundidee einer Anti-Bias-Kultur an: Kulturen brauchen würdevolle Räume. Wenn eine Anti-Bias-Kultur auf die Aufrechterhaltung und Herstellung von Würde ausgerichtet ist, dann können dabei Räume er-

zeugt werden, die die Würde nicht infrage stellen und in denen die Würde von Menschen unhinterfragt ist. Letztendlich würde in ihnen das realisiert, was Avishai Margalit als *Politik der Würde* beschreibt (Margalit 2012). Würdeorientierte Präventionsansätze können Räume so gestalten, dass die Gleichwertigkeitsnorm sich realisieren kann und Ungleichwertigkeitsideologien gebremst werden oder nicht in sie eindringen können. Das klingt umfassend wie komplex, kann in Präventionsprojekten aber einfach realisiert werden. Ein Beispiel mag es verdeutlichen. Wir haben nach den Gewaltexzessen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 und der im Jahr danach folgenden Polizeistrategie, die darin bestand, gezielt bestimmte migrantisch aussehende Menschen zu kontrollieren, mit der Polizei eine Analyse der Konfliktregulation durchgeführt und ein raumbezogenes Präventionskonzept entwickelt.

Der Raum um den Kölner Dom wurde so umgestellt, dass Menschen, die dort eintrafen, zwangsläufig an Normen von Toleranz und würdevollem Verhalten und Einstellungen erinnert wurden. Es gab mehrsprachige Projektionen von Gleichwertigkeits- und Toleranznormen. Die Wege wurden verstellt, sodass Gruppen nicht mit ihrem Verhalten dominieren konnten oder andere Gruppen zu Zuschauern der Gewalt werden konnten und nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, Opfern zu helfen. Es gab gleichwertige Kontrollen, die nur geschlechtersensibel erfolgten. Es gab Fluchtwege und transparente Informationen darüber, welchen Normen und Werte wichtig sind und welches Verhalten von allen erwünscht waren. Es war ein forschungsbasiertes Maßnahmenpaket, das von den Zielen gewünschter Gleichwertigkeit geprägt war und keine Ausgrenzung oder Arena für empörte Bürger:innen zuließ, in der sie ihre Vorurteile gegenüber vermeintlichen Sündenböcken der erinnerten Kölner Silvesternacht anbieten konnten. Dazu gehörte auch die Ermittlung der Ressentiments gegenüber den Sicherheitsorganen, um diese bearbeiten zu können.

Die Zahl der Präventionsmöglichkeiten und -ansätze ist groß, kann vernetzt und in den Austausch gebracht werden. Wie das gelingt, hängt von gemeinsamen Zielvorstellungen und Leitbildern ebenso ab wie von einer Diagnose der Gefährdungen der Demokratie und ihrer Grundwerte, also der Garantie der Würde. Diese umfasst auch eine würdevolle Wahrnehmung und Behandlung derjenigen, die für die Ordnung sorgen und zurecht empört sein können, wenn auch sie zum Feindbild werden.

Literatur

- Borchmeyer, Dieter (2017): Was ist deutsch?, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation (2020): Radikalisierungsverläufe im Kontext von Anti-Asyl-Agitation. Abschlussbericht an das Bundesministerium des Innern, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Universität

Bielefeld) sowie Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (Friedrich-Schiller-Universität Jena), https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/studie-radikalisierungsverlaeufe-anti-asyl-agitation.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Zugriff: 18.09.2023).

Koselleck, Reinhart (1973): Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Krott, Nora/Reininger, Klaus Michael (2022): »Im Einklang mit der Gesellschaft? Mentalisierung als Kompetenz der Mitte«, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hg.), Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2021/22, Bonn: Dietz, S. 301–310.

MAPEX (Hg.) (2021): Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Deradikalisierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung, Osnabrück/Bielefeld, https://www.mapex-projekt.de/documents/MAPEX_Buch_Radikalisierungspraevention_in_Deutschland.pdf (Zugriff: 18.09.2023).

Margalit, Avishai (2012): Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung, Berlin: Suhrkamp.

Marietta, Morgan/Tyler, Farley/Tyler, Cote/Paul, Murphy (2017): »The Rhetorical Psychology of Trumpism: Threat, Absolutism, and the Absolutist Threat«, in: The Forum 15/2, S. 313–332.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (Hg.) (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.

Rensmann, Lars (2017): »The Noisy Counter-Revolution. Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age«, in: Politics and Governance 5/4, S. 123–135.

Zick, Andreas (2014): »Spielarten des Rassismus« in: VIA Magazin 1-XIV-14, S. 22–31, Wiederabdruck von: Zick, Andreas (2010): Rassismus und Diskriminierung, Heinrich-Böll-Stiftung, www.migration-boell.de/web/diversity/48_2527.asp (Zugriff: 18.09.2023).